



Konrad  
-Adenauer-  
Stiftung



# Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas in den Autonomen Palästinensischen Gebieten

## Mit Beiträgen aus:

Palästinensische Gebiete	Seite	2
Israel		6
Ägypten		8
Regionalbüro Nahost		13
Türkei		18
Marokko		19
Indonesien		20
Malaysia		23
Indien		24
Philippinen		26

## Zusammengestellt von:

Dr. Helmut Reifeld, Stabstelle Grundsatzfragen, Internationale Zusammenarbeit

## Kurzanalyse zum Ergebnis der Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat am 25. Januar 2006

von Thomas Birringer  
Landesbeauftragter für die Autonomen Gebiete Palästina

### 1: Das Wahlergebnis:

Partei / Liste:	Wahlkreise:		Landesweite Liste:		Gesamtergebnis:	
	Sitze	In Prozent	Sitze	In Prozent	Sitze	In Prozent
Hamas („Wandel und Reform“)	46	70 %	30	45,5 %	76	57,6 %
Fatah	16	24 %	27	41 %	43	32,6 %
„Dritter Weg“ (Fayyad und Ashrawi)	0	0 %	2	3 %	2	1,5 %
„Unabhängiges Palästina“ (M. Barghouti)	0	0 %	2	3 %	2	1,5 %
„Volksfront“ (linksgerichtet)	0	0 %	3	4,5 %	3	2,8 %
„Die Alternative“ (linksgerichtet)	0	0 %	2	3 %	2	1,5 %
Unabhängige	4	6 %			4	3 %
<b>Insgesamt</b>	66	100 %	66	100 %	132	100 %

Wie die Tabelle zeigt, hat Hamas aufgrund der Wahlkreisergebnisse eine absolute Mehrheit erreicht. Unter den landesweiten Listen, die nach dem Verhältniswahlrecht miteinander konkurrieren, ist die Hamas zwar stärkste Partei, hat jedoch mit 45,5% keine absolute Mehrheit. Allen Beobachtungen zufolge sind die Wahlen frei, fair und transparent abgelaufen.

Neben den längerfristigen politischen Gründen liegt das unerwartet gute Abschneiden von Hamas auch an den folgenden beiden Faktoren:

1. *Proteststimmen*: Früheren Umfragen zufolge wünschen weniger als die Hälfte der Hamas-Wähler tatsächlich eine islamisch-fundamentalistische Gesellschaftsordnung. Sie sind zwar vielfach traditionell orientiert, ohne dabei zum Extremismus zu neigen. Der Hamas wird jedoch eine hohe Kompetenz bei den Themen "Good Governance" und Korruptionsbekämpfung zugeschrieben, die auf der Prioritätenliste der Palästinenser weit oben stehen. Somit konnte Hamas von der schlechten Wahrnehmung der bisherigen Fatah-Regierung in diesem Bereich profitieren.
2. *Wahlrecht*: Hamas hat hauptsächlich durch die Ergebnisse in den Wahlkreisen gewonnen (siehe Tabelle). Die Stimmen der Fatah verteilten sich meist auf eine Vielzahl von Kandidaten, da aufgrund der Zersplitterung in verschiedene Fraktionen (Alte und Junge Garde usw.) neben den "offiziellen" Fatah-Kandidaten meist noch mehrere Fatah-Repräsentanten als unabhängige Bewerber aufgestellt wurden. Die Hamas stellte dagegen jeweils nur so viele Kandidaten auf, wie Plätze zu besetzen waren. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts wurden deshalb die Hamas-Kandidaten gewählt, obwohl es ebenfalls viele Stimmen für Fatah gab, diese sich jedoch auf zu viele Kandidaten verteilten und somit neutralisierten.

### **Wie geht es weiter?**

Hamas könnte zwar allein, möchte jedoch nicht ohne Partner die Regierung bilden. Sie sucht nicht zuletzt deshalb nach einem breiten Konsens, um den Palästinensischen Autonomiegebieten nicht die Hilfsgelder zu entziehen. In einer Koalitionsregierung würden dann diejenigen Ministerien, die Außenkontakt erfordern, an Fatah oder andere fallen. Die Mehrheit der Fatah-Politiker bevorzugt jedoch - noch - einen Gang in die Opposition. Doch wird nicht zuletzt wegen dieser Frage eine Spaltung der Fatah immer wahrscheinlicher.

Auch eine Regierung unter Führung des ehemaligen Finanzministers Salam Fayyad (Partei des dritten Weges) oder eine so genannte "Technokratenregierung" aus parteilosen Fachleuten wird diskutiert.

Überdies wird der vor einem Jahr direkt gewählte Präsident Abbas vermutlich im Amt bleiben (Hamas hatte seinerzeit an den Präsidentschaftswahlen nicht teilgenommen). In seiner Eigenschaft als PLO-Chef bleibt er ohnehin der wichtigste Ansprechpartner für Verhandlungen mit Israel. Diese werden von der PLO, nicht von der Palästinensischen Autonomiebehörde geführt. Hamas ist bis heute nicht Mitglied der PLO.

Das bedeutet, dass nach dem Wahlsieg der Hamas das politische Leben nicht zwangsläufig von Hamas allein bestimmt wird. Äußerungen einzelner Hamas-Vertreter in Richtung Anerkennung des Existenzrechts Israels sowie Gewaltverzicht werden zwar häufiger, andererseits dürfte die Hamas nur gegen Zugeständnisse Israels bereit sein, diese Bedingungen endgültig zu akzeptieren. Jedenfalls ist nicht zu erwarten, dass Hamas diese für sie intern schwierigen Fragen vor oder im Rahmen einer Regierungsbildung zur Zufriedenheit des Westens beantwortet.

Vor diesem Hintergrund ist in den nächsten Monaten, insbesondere vor den Wahlen in Israel am 28. März 2006, nicht mit einer Zunahme der Gewalt gegen Israel zu rechnen – jedenfalls nicht von Hamas ausgehend. Schwieriger wird jedoch die innere Sicherheitslage in den Palästinensischen Autonomiegebieten, da die gestärkte Hamas palästinensischen Sicherheitsorganen gegenüber steht, die sich fast ausschließlich aus Fatah-Aktivisten rekrutieren.

## 2. Die Führung der Hamas: Mitglieder des Politbüros

Zu den im Ausland lebenden bedeutenden Figuren innerhalb der Hamas zählen Khalid Mishaal, Ibrahim Ghosheh, Musa Abu Marzuq und Osama Hamdan.



Foto von Khalil Mishaal  
(Quelle: english.aljazeera.net)

**Khalil Mishaal**, einer der Gründungsmitglieder der Hamas, ist seit 1996 **Vorsitzender des Politbüros der Organisation und gilt somit als Führer der gesamten Hamas**. Im Politbüro werden alle Entscheidungen, die die Hamas betreffen, gefällt.

Khalil Mishaal wurde 1956 in der Nähe von Ramallah geboren, wuchs aber in Kuwait auf und besuchte dort auch die Universität, an der er Physik studierte und in der Muslimbruderschaft aktiv war. Aufgrund des Golfkrieges musste er 1990 Kuwait verlassen und zog nach Jordanien, wo er Mitglied des Politbüros der Hamas wurde. 1997 versuchten israelische Mossad-Agenten Khalil Mishaal in Amman zu ermorden, der Anschlag scheiterte jedoch und führte zur Freilassung Sheich Ahmed Yassins, der in einem israelischen Gefängnis saß und gegen die verhafteten Mossad-Agenten ausgetauscht wurde. Als 1999 alle Hamas-Führer aus Jordanien ausgewiesen wurden, verlegte Khalil Mishaal seinen Wohnsitz nach Qatar und später nach Damaskus, wo er heute lebt.

**Ibrahim Ghosheh** war vor 1999 Sprecher der Hamas in Jordanien und wurde 1999 ausgewiesen, woraufhin er nach Qatar zog. Er kehrte 2001 nach Jordanien zurück und verpflichtete sich, innerhalb Jordaniens nicht mehr für die Hamas aktiv zu werden. Daraufhin nahm seine Bedeutung zwar leicht ab, aber er ist dennoch eine Schlüsselfigur in der Führungsriege der Hamas.

**Musa Abu Marzuq** lebt zurzeit in Syrien. Nach dem Abschluss seines Ingenieur-Studiums in den USA zog er 1992 nach Jordanien, wo er Vorsitzender des Politbüros der Hamas wurde. Zu der Zeit, als Marzuq in den USA studierte, galt die Hamas nicht als Terrororganisation und wurde von den USA im Kampf gegen die PLO unterstützt.

Als Marzuq 1995 aus Jordanien ausgewiesen wurde, versuchte er in die USA einzureisen, wurde aber am J.F.Kennedy-Flughafen in New York festgenommen. Israel forderte zunächst Marzuqs Auslieferung, erklärte sich aber später damit einverstanden, Marzuq nach Jordanien ausreisen zu lassen. Von dort wurde er 1999 ausgewiesen. Er lebt momentan mit einem jemenitischen Pass in Damaskus.

**Osama Hamdan** ist aktuelle der Sprecher der Hamas und lebt in Beirut.

Die bedeutendsten Figuren der Hamas, die aktuell in den Palästinensischen Autonomiegebieten leben, sind Mahmud Az-Zahar, Ismael Hanieh, Hassan Yousif und Mohammad Nazzal.

Als **aktueller Anführer der Hamas in Gaza** gilt **Mahmud Az-Zahhar**. Er wurde 1945 als Sohn eines Palästinensers und einer Ägypterin geboren. Nach Abschluss seines Studiums an der medizinischen Fakultät der Universitäten Kairo und as-Schams (Kairo) wurde er einer der Gründer der Islamischen Universität in Gaza und der Palästinensischen Medizinischen Vereinigung. Neben seiner Arbeit in Krankenhäusern und als Dozent an der Islamischen Universität Gaza war er ein aktives Mitglied der Muslimbrüder und war 1987 einer der Mitbegründer von Hamas. 1988 verbrachte er ein halbes Jahr in einem israelischen Gefängnis und wurde 1992 für ein Jahr von Israel in den Libanon ausgewiesen. 1996 wurde er von der Palästinensischen Autonomiebehörde für mehrere Monate auf Grund seiner Hamas-Aktivitäten verhaftet. Bei einem gezielten Anschlag der israelischen Armee auf sein Haus im September 2001 verlor Mahmud-az-Zahar einen seiner Söhne, er selbst blieb unverletzt. Seit der gezielten Tötung Scheich Ahmed Yassins und Abd al-Aziz al-Rantisis gilt Mahmud az-Zahar als **der politische Führer der Hamas in den Palästinensischen Autonomiegebieten**. Bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat am 25.1.2006 gewann er einen Sitz. Während des Wahlkampfes zum erklärte Mahmud az-Zahar, dass es für Hamas nicht tabu wäre, mit Israel zu verhandeln, solange Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht und einen Waffenstillstand einhält.

**Ismael Hanieh** wurde 1962 im al-Schati-Flüchtlingslager im Gaza-Streifen geboren, graduierte 1987 von der Islamischen Universität in Gaza und wurde 1989 von den israelischen Behörden festgenommen. Nach drei Jahren Gefängnis kehrte er 1992 nach Gaza zurück und wurde Rektor der Islamischen Universität. Obwohl er seit Ende der 80er Jahre in der Hamas aktiv war, wurde seine Position innerhalb der Organisation erst während der 2. Intifada gestärkt, zum einen durch seinen guten Kontakt zum spirituellen Führer der Hamas, Scheich Ahmed Yassin und durch die zahlreichen Liquidierungen der Hamas-Führung durch Israel. Im Dezember 2005 wurde er auf den obersten Listenplatz der Hamas für die Parlamentswahlen gesetzt und gilt nach dem Sieg der Hamas bei den Wahlen am 25.1.2006 als **möglicher Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten**. Auch Ismael Haniyah schließt Verhandlungen mit Israel nicht aus, betont aber, dass ein palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 lediglich zu einem befristeten Waffenstillstand und nicht zur Anerkennung Israels führen würde.



Foto von Ismael Hanieh  
(Quelle: english.aljazeera.net)

**Hassan Yousif** gilt als der **moderateste Hamas-Führer**, der mehrmals angedeutet hat, dass ein Frieden mit Israel unter Umständen möglich sei. Er befindet sich seit 2005 in einem israelischen Gefängnis, es konnte ihm jedoch keine Beteiligung an Terror-Anschlägen gegen Zivilisten nachgewiesen werden. Er trat bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat erfolgreich als Kandidat an.

**Mohammad Nazzal** ist seit 1989 ein aktives Mitglied in der Hamas und gehört dem **Politbüro** an. In der Vergangenheit war er Repräsentant der Hamas in Jordanien. Ihm werden Verbindungen zu islamistischen Kreisen in Pakistan nachgesagt. 1999 wurde er von den jorda-

nischen Behörden festgenommen und galt als vermisst. Ab 2001 lebte er wieder offiziell in Jordanien und verlegte seinen Wohnsitz bald darauf nach Nablus.

Zahlreiche Führer der Hamas wurden durch israelische Aktionen getötet. Ihre Bedeutung als "Märtyrer" für die palästinensische Sache hat sie zu bedeutenden Figuren im Wahlkampf gemacht. Insbesondere **Scheich Ahmed Jassin** und **Abd al-Aziz al-Rantisi** waren auf den meisten Wahlwerbepostern der Hamas abgebildet.

**Scheich Ahmed Jassin** und **Abd al-Aziz al-Rantisi** wurden im Jahre 2004 – Scheich Jassin am 22. März und Rantisi am 17. April – durch gezielte israelische Raketenangriffe getötet. Scheich Jassin, der seit einem Unfall in seiner Kindheit im Rollstuhl saß, war der Anführer der Hamas in Gaza. Nach seiner Tötung wurde Rantisi zu seinem Nachfolger bestimmt, der jedoch kurze Zeit später ebenfalls getötet wurde.

Ein weiterer politischer Führer der Hamas ist Ismail Abu Shanab (Abu Hassan). Auch er wurde im Jahre 2003 durch einen israelischen Raketenanschlag getötet. Er ist international weniger bekannt und war auch innerhalb der palästinensischen Bevölkerung weniger bedeutsam als Jassin und Rantisi. Der Bauingenieur, der an der Universität von Gaza lehrte, gehörte dem gemäßigten politischen Flügel an.

## Erste israelische Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas

von Dr. Lars Hänsel  
Landesbeauftragter für Israel

Israel wurde vom Sieg der Hamas völlig überrascht. Premier Olmert wies unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse seine Kabinettskollegen an, bis zu einer Kabinettsitzung am letzten Sonntag keine Kommentare abzugeben – offenbar um Zeit zu gewinnen und Sprachregelungen zu treffen.

Der Sieg der Hamas traf die israelische Führung völlig unvorbereitet: Weder war ein möglicher Sieg der Hamas ernsthaft diskutiert, noch waren Strategien ausgearbeitet, wie man mit einem solchen Sieg umgehen sollte. Zudem ging man nach der Erfahrung der Primaries in der Fatah wohl kaum davon aus, dass die Wahlen so friedlich ablaufen würden.

Offiziell werden jegliche Kontakte mit der Hamas abgelehnt, solange Hamas die Waffen nicht niederlegt und die Vernichtung Israels nicht widerruft. In Israel wird nach dem Überraschungssieg der Hamas auch darüber diskutiert, warum (wieder einmal) die Geheimdienste versagt haben. Inzwischen wird eine Untersuchung eingeleitet, welche diese Frage klären soll. Kurz vor der Wahl gab es nach Zeitungsberichten eine Auseinandersetzung zwischen israelischen und US-amerikanischen Geheimdienststellen. Offenbar waren die US-Geheimdienste noch optimistischer hinsichtlich eines Sieges der Fatah.

Auch die palästinensischen Umfragen, auf die sich auch viele israelische Kommentatoren verlassen hatten, konnten dieses Ergebnis nicht vorhersagen - immerhin eine Wiederholung

der Fehleinschätzung vor den letzten Kommunalwahlen: auch da hatte Hamas dann relativ überraschend gewonnen. Schließlich war wohl auch die Hamas vom Ausmaß des Sieges überrascht und sucht noch immer nach Partnern, welche vor allem die Kontakte der zukünftigen Autonomieregierung zu Israel und zur Internationalen Gemeinschaft tragen können.

Diskutiert wird in Israel auch der bisherige Umgang mit Hamas. Vor allem wird darauf hingewiesen, dass alle Liquidierungen von radikalen Vertretern der Hamas bisher nicht zu ihrer Schwächung geführt haben. Die Politik der harten Hand gegenüber Hamas hat ihren Wahlsieg nicht verhindert. Offen ist nun der konkrete Umgang mit der Hamas in Zukunft. Inzwischen werden Stimmen lauter, welche hoffen, dass Hamas sich mäßigen wird. Hamas wird – so die Hoffnung – in Zukunft mehr mit der Wohlfahrt des Volkes befasst sein (und sein müssen), als mit gewaltsamen und ideologisch geprägten Auseinandersetzungen mit Israel. Immerhin gibt es auf kommunaler Ebene schon unvermeidliche Kontakte mit Israel. Hamas wird sich nun auch daran messen lassen müssen, was sie „liefern“ kann. Dies könne eine Chance für Israel sein: solange es den Interessen der Hamas dient, wird sie auch für einen langfristigen Waffenstillstand, eine „hudna“ bereit sein.

Intensiver diskutiert wird nun in Israel auch die Frage der Demokratisierung des Nahen Ostens. Diese – nicht selten als Einführung formaler Institutionen um jeden Preis empfundene – Bemühung der USA wird nach der Stärkung der Muslimbrüderschaft in Ägypten und nun der Hamas nicht selten als naiv und nicht den Realitäten des Nahen Ostens gerecht werdend angesehen. Israel müsse – so Kommentatoren – nun auch stärker die Rolle der arabischen Öffentlichkeit mit in die außenpolitischen Strategien einbeziehen, und nicht nur Stabilität durch gute Kontakte zu den jeweiligen, z.T. diktatorischen Führern sicherzustellen versuchen. Dies bedeute, dass man sich einer noch komplexeren Realität stellen müsse. Diskutiert wird schon die Gefahr, welche durch eine „Demokratisierung“ der gut bewaffneten Staaten wie Jordanien, Syrien und Ägypten ausgehen könnte.

Schließlich hat der Umgang mit der Hamas auch den israelischen Wahlkampf erreicht: Gegner von Kadima aus dem rechten und linken Spektrum sprechen davon, der einseitige Rückzug aus Gaza hätte die bisherige Autonomieregierung geschwächt und zum Sieg der Hamas geführt. Diese Ansicht eint Yossi Beilin (Meretz) und Benjamin Netanjahu (Likud). Die letzten Umfragen zeigen zwar einen Rückgang der Befürwortung des einseitigen Rückzugs, jedoch keinerlei Einbuße von Stimmen für Kadima. Allerdings sät der unerwartete Sieg der Hamas auch generelle Zweifel an Umfragen. Benjamin Netanjahu (Likud) vergleicht den Sieg der Hamas außerdem mit dem Weg Hitlers an die Macht und Silvan Shalom (Likud) spricht davon, dass „Hamastan“ nicht nach Jerusalem gebracht werden dürfe, d.h. jeder Kompromiss über eine Teilung Jerusalems tabu sei. Amir Peretz (Avoda) würde keinesfalls mit Hamas verhandeln und wäre zu weiteren einseitigen Schritten bereit.

Interessant ist auch, dass das jetzt in den palästinensischen Autonomiegebieten erfolgreich praktizierte Wahlsystem einer Kombination von Mehrheitswahl in Wahlkreisen und Wahl einer Landesliste auch zu Diskussionen in Israel geführt hat, dass Wahlsystem neu zu überdenken. Hier wird bisher – nach dem Abschaffen der Direktwahl des Premierministers im Januar 2001 – nach Landesliste gewählt.

Insgesamt ist die Überraschung und Enttäuschung der Israelis über den Wahlsieg der Hamas zwar groß. Allerdings ist ebenso klar, dass für die israelische Führung bisher auch Abu Mazen kein Verhandlungspartner war – der Abzug aus Gaza wurde einseitig und ohne Verhandlungen umgesetzt. Jetzt wird wohl die einseitige Abkoppelung Israels auch von der palästinensischen Seite erwidert: Verhandlungsbemühungen mit Israel werden unumgänglichen Arrangements weichen, die Orientierung der Palästinenser wird in Zukunft wohl noch mehr in Richtung der arabischen Nachbarstaaten gehen. Befördert wird dies sicher durch die Diskussion in Israel, aber auch in der Europäischen Union und den USA, die Hilfe für die Palästinenser einzufrieren. Ob dies langfristig zu einer stabilen Situation im Nahen Osten führt, darf mindestens als unsicher gelten.

# Ägyptische Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas

von Dr. Michael Lange  
Landesbeauftragter für Ägypten

Der überraschende Wahlsieg der Hamas bei den Parlamentswahlen in den palästinensischen Gebieten hat nicht nur in Ägypten, sondern in der gesamten Region für Überraschung und Aufregung gesorgt und zu einer Vielzahl von Reaktionen und Kommentaren von Politikern und Nahostexperten unterschiedlicher Provenienz geführt.

## 1. Kommentare der ägyptischen Regierung

Der ägyptische **Präsident Hosni Mubarak** appellierte anlässlich seines Zusammentreffens mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas am 1. Februar in Kairo an die westliche Staatengemeinschaft die demokratische Wahl der palästinensischen Bevölkerung zu akzeptieren und den Dialog mit den jetzt gewählten Vertretern des palästinensischen Volkes aufzunehmen. Man dürfe das palästinensische Volk schließlich nicht für seine Wahlentscheidung bestrafen, zumal diese nicht unbedingt (allein) auf den Vorstellungen der Hamas zum Friedensprozess mit dem Staate Israel beruhe, sondern sicher auch viel mit der Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der palästinensischen Autonomiebehörde zusammenhängt, die dem erfolgreichen sozialen Engagement der Hamas wenig entgegengesetzt habe. Auch er sehe in der Wahlentscheidung deshalb vor allem einen Ausdruck der Frustration der palästinensischen Wähler angesichts der Erfolglosigkeit der Autonomiebehörde die Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung zu verbessern. Pressemeldungen zufolge soll es Mubarak aber gelungen sein, den palästinensischen Präsidenten Abbas davon abzuhalten, angesichts der klaren Niederlage seiner Partei zurückzutreten und sich stattdessen noch bis zum Ende seiner Amtszeit im Jahre 2009 im Einklang mit seinen arabischen Nachbarn um die Fortsetzung des Friedensprozesses auf den bisherigen Grundlagen zu bemühen. In diesem Zusammenhang bezeichnete er es als wichtig jetzt eine Regierungsbildung zu ermöglichen, die eine gemeinsame Fortsetzung des Prozesses erlaubt. In einem sich anschließenden ersten Gespräch des ägyptischen Präsidenten mit der erstmals angereisten neuen israelischen Außenministerin, Tzipi Livni soll er sich dafür eingesetzt haben, dass die israelische Regierung von einem Einfrieren der Steuerüberweisungen an die palästinensische Autonomiebehörde absieht. Auch in diesem Fall gelte es nicht die gesamte palästinensische Bevölkerung für die getroffene Wahlentscheidung pauschal zu bestrafen.

Der ägyptische **Ministerpräsident Ahmed Nazif** hatte bereits am 29. Januar -noch in Davos weilend- auf das Wahlergebnis, mit dem Appell reagiert, der Hamas erst einmal eine Chance zu geben, diesen überwältigenden Wahlsieg zu „verarbeiten“. Er wertete den deutlichen Wahlsieg der Hamas als einen klaren Ausdruck der Frustration der Bevölkerung mit dem Status Quo und des Wunsches nach politischem Wandel und es sei nun wichtig, so Nazif, diesen Willen zu respektieren und der neuen Regierung eine Chance zu geben, ihren Charakter und ihre Intentionen offen zu legen. Man müsse der Hamas Zeit und Raum geben, Kontakt nach Außen zu initiieren und weitere Kommunikationskanäle zu eröffnen, damit man jetzt zu einem internen Kommunikationsprozess über die Ziele und die einzuleitenden Maßnahmen der Bewegung kommen könne.

Eine jetzt wohl doch von der Hamas angeführte, neue palästinensische Regierung solle jedoch, so Nazif, weiter, die vom Quartett unterstützte „Roadmap“ akzeptieren und als Basis für weitere Verhandlungen anerkennen und damit vor allem auch alle Elemente des Oslo-Friedensabkommen respektieren. Es sein jetzt vor allem sicherzustellen, dass auch die Hamas innerhalb dieser Rahmenbedingungen die Idee von zwei Staaten, die in Frieden nebeneinander existieren verwirklichen helfe. Er betonte, dass die ägyptische Regierung auch

weiterhin bereit sei eine bedeutende Rolle im Friedensprozess zu spielen und dies auch könne, da es eines der wenigen Länder sei, dass sowohl mit Israel als auch mit der palästinensischen Seite und dabei eben auch zu Hamas Vertretern über gute Gesprächskontakte verfüge.

Der ägyptische **Außenminister, Ahmed Abul Gheit** äußerte noch am gleichen Tag die Hoffnung, dass vor allem die europäischen Geberstaaten die finanzielle Hilfe für die Palästinenser auch nach dem Wahlsieg der Hamas weiter aufrechterhalten werden. Er hoffe, so Gheit, dass die Europäische Union der palästinensischen Autonomiebehörde auch weiterhin (finanzielle) Hilfen zukommen lassen werde, da der Behörde weiterhin eine große Verantwortung für die Stabilität in den palästinensischen Gebieten zukomme. Auch er bekräftigte die Bereitschaft Ägyptens, seine traditionelle Vermittlerrolle zwischen der israelischen Regierung und den palästinensischen Vertretern weiter wahrzunehmen.

Der **Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa**, rief ebenso dazu auf, der Hamas die Möglichkeit zu geben sich in den andauernden politischen (Friedens-) Prozess einzubringen. Manche unmittelbaren politischen Reaktion westlicher Regierungen auf den Wahlausgang bewertete er als übereilt und appellierte an diese, der Hamas doch erst einmal die Möglichkeit zu geben in abgestimmter, koordinierter Form auf all die vielen Fragen, die sich jetzt schließlich allen Regierungen, sowohl in Europa als auch in der Region stellen, eine fundierte Antwort zu finden. Von Ultimativen jeglicher Art sollte man deshalb jetzt Abstand nehmen und den Dialog mit Hamas aufnehmen.

## 2. Kommentare in der ägyptischen Presse

In den meisten Kommentaren in den ägyptischen Tageszeitungen wird ebenfalls dafür plädiert, den Willen der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung zu respektieren und der Hamas erst einmal eine Chance einzuräumen, wobei allerdings das Dilemma, vor dem die internationale Gemeinschaft steht, nämlich der Frage ob man einer demokratisch gewählten Regierung und Partei Unterstützung zukommen lassen darf, obwohl sich diese bisher nicht von Gewalt/Terror distanziert habe, durchaus gewürdigt wird.

**Salama Ahmad Salama** konzediert in einem Kommentar in der ägyptischen Tageszeitung al-Ahram, dass der Sieg der Hamas in den palästinensischen Wahlen ein unerwartetes, politisches Erdbeben ausgelöst habe und dass unvorhersehbare Nachbeben in der Region für sehr wahrscheinlich erachte. Die überraschenden Ereignisse offenbarten, dass die Frustrationen, der sich in den Herzen der Bevölkerung der Region angesammelt hätten, alle Erwartungen überstiegen hätten. Zudem habe das Wahlergebnis gezeigt, so Salama, dass es die USA und Israel bisher nicht verstanden hätten, dass je mehr politischen Druck sie auf die Regierungen in der Region ausübten, der Widerstand und die Bestimmtheit, mit der das Volk darauf mit Ablehnung reagiere, zunähmen.

Die palästinensischen Wahlen selbst seien frei und fair gewesen und dabei in -gerade aus ägyptischer Sicht- erstaunlich ruhiger Atmosphäre durchgeführt worden. Dabei sei das Wahlverhalten der palästinensischen Bevölkerung vor allem Ausdruck des Protests gegen die bisherigen Praktiken der palästinensischen Autonomiebehörde und ihrer Hauptstütze, der Fatah zu werten. Das Wahlergebnis bringe zudem ein Ende des Einparteiensystems und damit des bisherigen politischen Machtmonopols der Fatah mit sich, was auf jeden Fall zu begrüßen sei. Sie stelle einen ersten Test für eine palästinensische Fraktion dar, die bisher in Opposition zur palästinensischen Regierung gestanden habe und jetzt wohl die Regierung übernehmen müsse. Allerdings zeigt sich auch Salama besorgt darüber, was die zukünftige Haltung der Hamas bezüglich Verhandlungen mit Israel angeht, das von ihnen zumindest erwartet ihre Waffen niederzulegen und das Existenzrecht des Staates Israel anzuerkennen. Auch stellt er die Frage, ob sich eine Organisation wie Hamas momentan überhaupt von in-

nen heraus verändern könne oder ob dafür nicht vielmehr gerade jetzt Hilfe von außen benötigt würde. Diese Hilfe könne aber nur im Dialog vermittelt werden.

**Ibrahim Nafie** empfahl der Hamas Führung in einem weiteren Kommentar in der al-Ahram eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden, weil zu befürchten sei, dass eine reine Hamasregierung von der internationalen Gemeinschaft wohl boykottiert werden würde. Es ginge für Hamas jetzt darum, von der Ära der Slogans Abschied zu nehmen und in die Arena der Realpolitik einzutreten und als Kompromiss suchende politische Kraft/Partei zu agieren. In einem weiteren Artikel in der Wochenendausgabe der al-Ahram verwies er jedoch auch auf das Problem, dass Hamas seine Charta nicht über Nacht ändern könne und dabei auch bedenken müsse, dass sie damit ja in bestimmten Umfang wohl auch Wählerbetrug begehen würde, da sicherlich einige, wenn wohl auch nur eine Minderheit, Hamas eben genau wegen dieser Charta gewählt hätten. Gleichzeitig habe Hamas aber schon bewiesen, dass es seine Charta durchaus „weiterentwickeln“ könne, wie die Teilnahme an diesen Parlamentswahlen gezeigt habe. Auch der neue Vorschlag der Bildung einer vereinten „palästinensischen Armee“ könnte ein Zeichen dafür sein, dass man Wege suche, die alte politische Forderung nach Auflösung aller Milizen, darunter eben auch des militärischen Arms der Hamas, nachzukommen. Komplizierend komme jetzt jedoch hinzu, dass sich Fatah bisher dem Gedanken einer Regenbogenkoalition verschließt und verkündet habe, sie würde es vorziehen nicht unter Hamas Federführung in eine Koalitionsregierung einzutreten, sondern stattdessen in die Opposition gehen zu wollen. All dies zeigt zweifelfrei, dass die Hamas momentan auf vielen verschiedenen Ebenen gefordert sei „Farbe zu bekennen“ und es erst die Zukunft zeigen wird, ob die Hamas-Führung dafür die nötige Kraft und Weisheit aufbringen wird.

**Mohamed Wagdi Qandil** verwies in seinem Kommentar in der gleichen Ausgabe von al-Ahram auf die Mitschuld der amerikanischen und israelischen Regierung an der Wahlniederlage der Fatah, da beide Abbas keine ausreichende politische Unterstützung gewährt hätten, um seiner Partei für die Wahlen etwas in die Hand zu geben, was sie bei den Wählern attraktiv gemacht hätte. Vor allem der unilaterale Ansatz des israelischen Ministerpräsidenten hätte Abbas der politischen Erfolge beraubt, die er so dringend benötigt hätte, um angesichts der viel beklagten Korruption innerhalb seiner Regierung, dem Wähler auch etwas Positives vorweisen zu können.

In verschiedenen weiteren Kommentaren wird immer wieder darauf verwiesen, dass der Sieg der Hamas in Wahlen, die allgemein als fair bezeichnet worden seien, als demokratischer Ausdruck des politischen Willens der palästinensischen Bevölkerung Bürger zu akzeptieren seien. An die Adresse des Westens wird dabei wiederholt deutlich gemacht, dass das Fällen übereilter Urteile sowie das Einnehmen voreiliger Standpunkte nutzlos, wenn nicht zum jetzigen Zeitpunkt sogar schädlich sei und dass ein solches Verhalten die zweifellos entstandene Instabilität in den palästinensischen Gebieten bzw. in der gesamten Region nur noch verstärken würde. Deshalb warne vor einer Entscheidung, etwa die Finanzhilfe an die Palästinenser unverzüglich einzustellen, falls diese eine neue Regierung anführe, da man der Überzeugung sei, eine solche Entscheidung würde nicht nur dem palästinensischen Volk insgesamt großen Schaden zufügen, sondern vor allem auch den Hardlinern in der Hamas unnötigen Auftrieb geben. Die von Israel eingeleiteten Boykottmaßnahmen würden deshalb verurteilt und man empfiehlt stattdessen allen Beteiligten, die Hamas weniger an vergangenen Äußerungen und Handlungen als an ihrer zukünftigen Politik zu messen.

In einem Kommentar der linken ägyptischen Tageszeitung Al-Akhbar wird das Wahlergebnis sogar als ein möglicher Ausgangspunkt für bedeutende, „positive“ politische Veränderungen in der Region gesehen. Man interpretiert dort das Ergebnis als einen Rückschlag für die Politik Israels und der USA und erwartet dass das Wahlergebnis Israel zu mehr Zugeständnissen gegenüber den Palästinensern zwingen wird. Deshalb sollten alle anderen palästinensischen Fraktionen, so al-Akhbar, die Hamas jetzt unterstützen, um die notwendigen Veränderungen in der palästinensischen Autonomiebehörde und in der Politik gegenüber Israel auf den Weg zu bringen.

Auch **Laila Hafez** beurteilt in einem Namensartikel in der al-Ahram den Wahlsieg der Hamas als ein natürliches Ergebnis der repressiven Politik Israels und stellt die Frage, ob Israel das Wahlergebnis vielleicht nicht sogar als Vorwand nutzen werde, um jegliche, weitere Verhandlungen mit den Palästinensern auszuweichen um den bereits eingeschlagenen, unilateralen Kurs fortzusetzen.

**Sherif al-Ghamry** beschäftigt sich in seinem Kommentar in der al-Ahram dagegen vor allem mit den Problemen, die sich der Europäischen Union nach dem Wahlsieg der Hamas stellen. Er sieht ein Hauptproblem für die EU in dem Paradoxon, dass die Europäische Union einerseits kein demokratisch gewähltes Parlament boykottieren könne, andererseits es ihr aber völlig widerstrebt, die Politik des bewaffneten Kampfes der Hamas gegen Israel zu akzeptieren. Das zweite Dilemma läge darin, dass Europa allerdings auch nicht die Verantwortung für die Folgen, die sich aus Einschnitten bzw. dem Einfrieren der Finanzhilfe für die Palästinenser zwangsläufig ergäben, tragen wolle.

**Fahmy Hewaidi**, erinnert in seinem Kommentar in der al-Ahram die Hamas dagegen an einige Schlüsselprinzipien der Scharia, die jetzt für die Hamas nützlich sein könnten. Diese Prinzipien beinhalten, dass die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung ein möglicher Grund sein könnten, religiöse Gebote vorübergehend zu missachten und man diese Gebote durchaus ignorieren könne/solle, wenn ihre Einhaltung größeren Schaden (bei der Bevölkerung) nach sich ziehen würde. Außerdem verweist er auf die seiner Meinung nach bestehende Unabwendbarkeit der Durchführung sukzessiver Reformen in Palästina. Er erklärte, dass seine Kontakte mit Hamas-Führern ergeben hätten, dass die Hamas sich durchaus der großen Aufgabe bewusst sei, die vor ihr läge, und dass sie für jede Hilfe und jeden Rat dankbar sei, der ihnen jetzt von wohlmeinenden Verbündeten gegeben würde.

In weiteren Kommentaren in der Wochenendausgabe der al-Ahram vom 2. Februar sieht man das Wahlergebnis als Beweis dafür, wie schwach sowohl die rechten als auch die linken politischen Kräfte, einschließlich der Fatah, in Palästina wirklich seien. Zwar sei vor allem die Politik Israels verantwortlich dafür, dass die Glaubwürdigkeit der moderaten palästinensischen Strömungen auf der Straße untergraben wurde, aber dass auch die Fatah ein Teil der Schuld für dieses Wahlergebnis trage sei unbestreitbar. Allerdings wird die Hamas aufgefordert, ihren politischen Diskurs internationalen und regionalen Standards anzupassen. Dabei solle darauf geachtet werden, dass der Diskurs der politischen Bedeutung der Vertretung der Palästinenser auf internationaler Ebene angemessen sei. Ebenso sollte der Diskurs den Normen und Regeln der internationalen Gemeinschaft gemäß entwickelt werden und nicht nach den Regeln der Hamas. Die Internationale Gemeinschaft ihrerseits stehe vor einem schwierigen Dilemma, wenn es um die Frage der Anerkennung der Hamas gehe. Soll die Weltgemeinschaft die Hamas und ihre Regierung, angesichts des Sieges der Hamas als Ergebnis freier, demokratischer Wahlen, bedingungslos als nationale Autorität anerkennen oder solle die Anerkennung an zusätzliche Bedingungen geknüpft werden?

**Ayman El-Amir**, der ehemalige al-Ahram Korrespondent in Washington, kommt in diesem Zusammenhang zu der Einschätzung, dass es zu tragfähigen Friedenslösungen im Nahen Osten nahezu immer nicht zwischen den jeweiligen Friedenswilligen auf beiden Seiten sondern eher zwischen solchen politischen Bewegungen gekommen sei, die eher realpolitische Vorstellungen vertraten und über die Unterstützung einer deutlichen Mehrheit der eigenen Bevölkerung verfügten. Dies sei jetzt mit der Wahl von Hamas eben auch auf der palästinensischen Verhandlungsseite eingetreten, was die Chancen, dass man zu tragfähigen bzw. dauerhaften Friedenslösungen voranschreiten könne, seiner Meinung nach eher erhöhe. In seinem Verständnis verfüge Israel jetzt über einen vielleicht schwierigeren, dafür aber durchsetzungsfähigeren Verhandlungspartner. So wie eine für den Likud oder für Kadima akzeptable Friedenslösung für alle anderen israelischen Parteien und westliche Regierungen eher akzeptabel wäre, so wäre auch eine für Hamas akzeptable Friedenslösung für alle anderen palästinensischen Gruppierungen und Arabische Regierungen automatisch akzeptabel, was

einer solchen Lösung, wenn sie denn erreicht würde, dann auf jeden Fall mehr „Durchschlagskraft“ verleihen würde, argumentieren sowohl El-Amir als auch sein Kollege **Muqtadar Khan**. Vor diesem Hintergrund erscheint es beiden auch sinnvoll der Hamas (genügend) Zeit für einen das Gesicht wahrenden Rückzug von ihren momentanen Extrempositionen in der Charta zu gewähren, wobei vorschnelle Drohungen mit Sympathie- bzw. Geldentzug schnell so aussehen könnten, als wolle die Geberstaaten gerade jene bestrafen, die dem Ruf nach mehr Demokratie und politischer Beteiligung an der politischen Willensbildung gefolgt seien und dabei Hamas gewählt hätten. Dem entgegenzuhalten Hamas hätte mit dieser Charta eigentlich von der Wahl ausgeschlossen werden müssen, bedingen einen Verfassungskonsens, den es in dieser Form in den palästinensischen Gebieten wohl noch nicht gebe und schließlich erscheine eine Friedenslösung immer nur dann dauerhaft, wenn sie alle politischen Strömungen beider Konfliktparteien umfasse, liberale und konservative auf der einen, sowie säkulare und religiöse auf der anderen Seite.

### 3. Beurteilung der politischen Äußerungen zum Wahlerfolg von Hamas

Der generelle Tenor, wenn man einen solchen aus der Vielzahl der zum Teil und je nach politischem Standort recht unterschiedlichen politischen Stellungnahmen in Ägypten, überhaupt kondensieren kann, dann ist es der, dass man dem überraschend klaren Wahlsieger der palästinensischen Parlamentswahlen erst einmal eine Chance geben sollte, dieses wohl auch für ihn überraschend klare Wahlergebnis zu verarbeiten. Die allermeisten Kommentatoren sind der Meinung man solle dem Wahlsieger Zeit geben, erste eigene d.h. intern abgestimmte politische Positionen zu den vielen in diesem Zusammenhang aufgekommenen Fragen bzw. neuen Herausforderungen zu finden. Dies bedarf, angesichts der Tatsache, dass die Organisationsstruktur dieser (politischen) Bewegung sehr zersplittert ist (der Hamasführer Khaled Meshaal residiert in Damaskus) sicherlich einiger Zeit, die man der Hamas zugestehen sollte.

Wichtig erscheint zudem, dass man in Zusammenhang mit diesen Wahlen zuerst einmal anerkennt, dass diese die vielleicht erste, wirklich demokratische Wahl in einem arabischen Land war (vielleicht zusammen mit der in Irak) und das man bei aller Überraschung vergisst, den Charakter dieser Wahlen zu loben und zur Kenntnis zu nehmen, dass bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 70% bewiesen worden sei, dass die palästinensische Bevölkerung sich durchaus an der politischen Willensbildung zu beteiligen und die existierende Korruption der palästinensischen Autonomiebehörde nicht mehr länger hinzunehmen beabsichtige. Viele glauben ohnehin, dass der Wahlausgang weniger als ein Votum für die (außen-) politischen Überzeugungen der Hamas als vielmehr ein Misstrauensvotum gegen die Fatahgeführte palästinensische Regierung zu werten sei. Diese habe über Jahre nicht nur versäumt das Demokratieversprechen einzulösen und (zu) wenig für die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung getan sondern habe stattdessen den (militarisierten) Staatsapparat aufgebläht und dabei eigene Klientelstrukturen bevorzugt. In gewisser Weise ernte Abbas' Fatah jetzt die Kritik an einer Autonomiebehörde, die lange vom politischen Willen Yasser Arafats abhängig war, wobei dieser es verständlicherweise auch immer wieder unter fadenscheinigen Vorwänden vermieden hatte, seine Politik dem Wähler zur Abstimmung zu stellen.

Bei allem Entsetzen, den diese Wahlentscheidung vor allem in Europa hervorgerufen hat, sollte man zur Kenntnis nehmen, dass in den beiden einzigen, als demokratisch zu charakterisierenden Wahlen in der Region (Irak, Palästina) islamische Kräfte einen überwältigenden Sieg errungen haben. Es spricht vieles dafür, das solche Wahlergebnisse auch in Ländern wie Ägypten, Algerien und Tunesien zu erwarten wären würden dort wirklich freie Wahlen stattfinden. Die letzten Wahlen in Ägypten haben gezeigt, dass selbst in unfreien Wahlen die Vertreter der ägyptischen Moslembrüder große Erfolge erringen konnten und man sich deshalb jetzt noch stärker mit der Frage auseinandersetzen muss inwieweit islamische, politische Bewegungen wie Hamas in der Lage bzw. bereit sind, realpolitisch zu agieren und sich

dabei von alten Slogans zu trennen, wenn sie Regierungsverantwortung übernehmen müssen. Zur Beantwortung dieser Frage, mag der Wahlerfolg der Hamas bzw. das weitere politische Geschehen in den palästinensischen Gebieten (und im Irak) nützliche Hinweise geben. Einer Klärung dieser Frage wird man aus Dauer nicht aus dem Weg gehen können und deshalb erscheint eine Regierungsbeteiligung bzw. ev. sogar eine Regierungsführung durch Hamas eine günstige Gelegenheit, in einem begrenzten Territorium einen Eindruck von der Beantwortung dieser Frage zu bekommen.

In diesem Falle einer ersten bedeutenden Regierungsbeteiligung einer explizit, islamischen Partei (Hizbollah -die Partei Gottes- ist zwar an der libanesischen Regierung beteiligt, aber nicht bestimmend) wird sich dann (dem Wähler) auch zeigen, was eine solche Partei wirklich bewegen kann. Zurecht wird darauf verwiesen, dass die Ausgangslage dabei gerade für Hamas nicht einfach sei, schließlich hinge vor allen Dingen das Kerngebiet Gaza infrastrukturell (Wasser, Gas Elektrizität) vollkommen von Israel ab und es ist kaum denkbar, dass Israel auf längere Sicht bereit sein wird, die Kooperation mit einer von Hamas geführten palästinensischen Autonomiebehörde aufrechtzuerhalten, wenn Hamas sich nicht bereit zeigt, die israelische Regierung als Kooperationspartner anzuerkennen mit dem man Vereinbarungen treffen könne. Sollte sich Hamas dieser Einsicht in die Realitäten beugen, was viele erwarten, wäre ein großer Schritt in Richtung „Säkularisierung“ einer islamischen politischen Bewegung getan. Sollte dies jedoch nicht geschehen, würde (nicht nur) dem palästinensischen Wähler, schnell klar werden, was seine (zukünftige) Stimmabgabe für eine solche politische Kraft bedeuten würde, nämlich die weitere politische Isolierung und materielle Verarmung weiter Bevölkerungskreise und sicher gerade nicht die Entstehung eines unabhängigen Palästinenserstaates an der Seite Israels.

Bis all diese Fragen geklärt werden (können) muss man zwar von der existierenden Hamas Charter ausgehen, man sollte aber von voreiligen (Ver-) Beurteilungen einer möglichen zukünftigen Politik einer palästinensischen (Koalitions-) Regierung Abstand nehmen. Allerdings habe man durchaus das Recht ja sogar die Pflicht zur Formulierung klarer Bedingungen an eine weitere (finanzielle) Unterstützung einer zukünftigen palästinensischen Regierung. Da die Hamas zwar der Wahlsieger ist, aber eben noch nicht in der Regierungsverantwortung steht und man damit rechnet, dass diese Regierungsbildung einige Wochen in Anspruch nehmen wird, würde aber eine sofortige, vollständige Einstellung der (finanziellen) Unterstützung dem auch in Zukunft für die Außenbeziehungen verantwortlichen palästinensischen Präsidenten, Mahmoud Abbas (franz. Verfassungsmodell) Schaden und die Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung (mit Fatah) eher belasten. Man sollte nicht den palästinensischen Wähler für seine demokratische Wahlentscheidung sondern -wenn überhaupt- Hamas für eine (zukünftige) nicht kompromissbereite Politik bestrafen wollen.

## **Urnengang zur Stärkung der Demokratie?** **Internationale Stimmen zu den Palästinensischen Legislativwahlen**

von Dr. Hardy Ostry  
Regionalbeauftragter Nahost / Mittelmeer  
in Zusammenarbeit mit Gerrit F. Schlomach

Der Sieg der Hamas mit 57,6 Prozent über die Fatah, die bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat am 25. Januar mit 32,6 Prozent unterlag, führte bei den westlichen Gebirgländern zu heftigen Reaktionen. Doch lohnt es sich, die Kommentare und Stellungnah-

men in der Region unter der Perspektive des anhaltenden Dilemmas zwischen den westlichen Interessen an Demokratie und Stabilität zu betrachten.

Die Gründe für das Wahlergebnis sehen arabische und internationale Kommentatoren in innen und –außenpolitischen Zusammenhängen<sup>1</sup>: politische Lähmung einer alternden und zerstrittenen Fatah, Machtzerfall der Palästinensischen Autorität (PA) aufgrund Stillstand und Korruption sowie ausbleibende politische Erfolge (fortbestehende hohe Armut und Arbeitslosigkeit, allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage). Doch auch der internationalen Staatengemeinschaft wird eine Verantwortung für das Ergebnis zugeschrieben, da sie bereits vor den Wahlen die finanziellen Daumenschrauben anzogen und so die Ausgrenzung der Hamas vorantrieben und eine Wagenburgmentalität des palästinensischen Volkes förderten. Ferner wird Kritik an Israel<sup>2</sup> geübt, die der PA keine Möglichkeit geboten hätte ihrem Wahlvolk sichtbare Fortschritte zeigen zu können.

### Palästinensische Wahlen - Zeichen für ein demokratisches Erwachen?

Neben dieser Ursachensuche stellt sich die Frage, wie die internationale Staatengemeinschaft das Ergebnis kommentiert. Die Meinungsäußerungen in der arabischen Welt teilen sich in zwei Lager: Da ist zunächst das große Lager derer, die den demokratischen Fortschritt dieser Wahlen betonen und ein Festhalten am Friedensprozess einfordern. Eine Minderheit um den Iran und irakische Widerstandsgruppen begrüßt den Erfolg der Hamas ebenfalls und hält zugleich am bewaffneten Kampf gegen Israel fest.

Die erste Gruppe mahnt an, das Ergebnis des Wahlausgangs international anzuerkennen, da die erfolgreichen Wahlen in den palästinensischen Gebieten „nach den höchsten demokratischen Standards“<sup>3</sup> ein Hinweis auf die Demokratiefähigkeit arabischer Staaten seien. „ Hamas' victory over the long-established Fateh movement in the parliamentary elections was a victory for democracy in practice in the Arab world, even if it was not what the United States wants when it calls for political change [...]“<sup>4</sup> In die gleiche Richtung geht die Aussage der Arab News aus Saudi-Arabien, die die Wahl als einen Meilenstein in der palästinensischen politischen Entwicklung feiert: „Israel can no longer claim that they are the only true democracy in the region.“<sup>5</sup> Nach einem Treffen mit dem politischen Führer der Hamas, Kahled Mishaal, fordert der syrische Präsident Bashar Assad, dem Ergebnis der Wahl des palästinensischen Volkes Respekt<sup>6</sup> zu zollen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa stösst ins gleiche Horn, wenn er meint, dass: „[t]he US can't promote democracy but then reject the results of this democracy.“<sup>7</sup>

### Forderungen arabischer Führer an die Hamas

Ausgehend von dieser Feststellung fordern politische Führer im Nahen Osten die Hamas auf, am Friedensprozess festzuhalten. Der Bogen der Unterstützer<sup>8</sup> spannt sich von den offenen Befürwortern einer friedlichen Lösung im Nahost-Konflikt, dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und dem jordanischen König Abdallah II bis zum jemenitischen Präsidenten Ali Abdullah Saleh, der bislang nicht als besonders pro-israelisch bzw. auf einen

<sup>1</sup> Charbel, Ghassan (28.1.06): " Hamas" and the Burden of Victory. In: Al-Hayat.

<sup>2</sup> Aljazeera (26.1.06): Israel in shock over Hamas victory. <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/CCB77205-95ED-4CFA-B929-6EE0D230D8A8.htm> . Vgl. auch Fn. 3.

<sup>3</sup> Othman, Maher Palestine (28.1.06): A Democratic Achievement... What Next? In: Al-Hayat.

<sup>4</sup> Wright, Jonathan (27-28.1.06): Arabs see Israel, US changing stance on Hamas. In: Jordan Times.

<sup>5</sup> Daily Star (28.1.06): Saudi Arabia's Arab News charged the ruling Fatah Party deserved to lose.

<sup>6</sup> The Jordan Times (30.1.06): Egypt downplays Hamas win, urges EU not to cut aid.

<sup>7</sup> BBC (27.1.06): In quotes: Reaction to Palestinian poll. [http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/4650196.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4650196.stm)

<sup>8</sup> Daily Star (28.1.06): Arab, Asian leaders urge Hamas to renounce violence.

friedlichen Ausgleich zielend aufgefallen ist. Die in Abu Dhabi ansässige Al-Ittihad erwartet von der Hamas, sich klar von den radikalen Gruppen abzugrenzen und den Friedensprozess fortzusetzen, "which appears to have become an Arabic strategic choice and the sole aim agreed upon by influential world powers."<sup>9</sup> Nicht nur die westlichen Geberländer drohen mit der Einschränkung der Finanzhilfen bei einem Verlassen des friedlichen Weges, sondern auch in den Öl produzierenden arabischen Ländern wird eine unkonditionierte Hilfe zunehmend in Frage gestellt<sup>5</sup>. Dahingegen versucht der ägyptische Außenminister Amed Aboul Gheit, die Wogen zwischen den Geberländern und der Hamas zu glätten: „I don't think that the picture is as dim as some had indicated.“<sup>5</sup>

Einzig eine Minderheit um die iranische Staatsführung und irakische schiitische Widerstandsgruppen gratuliert der Hamas zu ihrem Wahlerfolg bedingungslos und gibt sich zufrieden mit dem Urteil der Wähler „for choosing, to continue the struggle and resistance against occupation“<sup>10</sup>. Der iranische Sprecher des Außenministeriums Hamid Rza Asefi wird mit den Worten zitiert, dass „[e]ach member of this front [against the enemies of Islam] defends itself with its own means in its region. We carry the battle in Palestine. If Israel launches an attack against Iran, we will expand the battlefield in Palestine“<sup>6</sup>.

Die israelische Position gegenüber dem Wahlsieg der Hamas ist geprägt von der offiziellen Absage einer formellen Zusammenarbeit, wobei politische Analysten von der Möglichkeit einer pragmatischen Koexistenz ausgehen. Der amtierende israelische Ministerpräsident Ehud Olmert verweigert sich jeglicher Verhandlung mit einer palästinensischen Verwaltung, so lange ein Teil von ihnen eine bewaffnete Terroristenorganisation sei, die die Zerstörung des Staates Israel fordere<sup>5</sup>. Diese Meinung wird von weiten Teilen der israelischen Parteienlandschaft geteilt. Doch wird ein langfristiger pragmatischer Umgang nach einer Phase der Domestizierung<sup>4</sup> in politischer Verantwortung nicht ausgeschlossen.

### **USA und Europa ziehen die Daumenschrauben enger**

Entsprechend der skeptischen Haltung gegenüber der Hamas, die sich bereits vor den Wahlen zeigte, setzt sich die US-amerikanische und europäische Position von Zurückhaltung bis Verweigerung der Zusammenarbeit fort. US-Präsident Bush wird mit den Worten zitiert<sup>5</sup>, dass die USA keine politische Partei unterstützen werde, die ihren Verbündeten Israel vernichten wolle. Demnach müsste sich die Hamas von diesem gewaltbereiten Teil der Bewegung befreien und das Existenzrecht Israels anerkennen.

In weiten Teilen der europäischen Staatsführungen wird diese Position geteilt, auch die Einstellung der Hilfszahlungen an die PA wird nicht ausgeschlossen. Obwohl eine offizielle Erklärung der EU noch aussteht, fasst sich die Position der Europäer an eine zukünftige Zusammenarbeit mit der Hamas in zwei Bedingungen zusammen: Erstens Absage an Gewalt und Festhalten am Friedensprozess und zweitens Anerkennung des Staates Israels und internationaler Abkommen.

### **Dilemma zwischen Demokratie und Stabilität aktiv angehen**

Es fallen zwei Aspekte auf, wenn die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat vom 25. Januar 2006 im größeren Kontext der wissenschaftlichen und politischen Diskussion über Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten betrachtet werden: Zunächst einmal spie-

<sup>9</sup> Daily Star (28.1.06): Arab press hails 'election coup' but wary of a future under Hamas.

<sup>10</sup> Aljazeera (26.1.06): Iran hails Hamas victory. <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/36311D32-6DEB-419E-8EA7-34DEE19C150A.htm>

gelt sich das Dilemma<sup>11</sup> zwischen den scheinbar widerstreitenden westlichen Interessen an Demokratie und Stabilität in den Reaktionen auf das Wahlergebnis wider. Wie die Kommentare aus den arabischen Ländern zeigen, sollte sich der Westen nun mit dem Ergebnis zufriedengeben, da es „nach den höchsten demokratischen Standards“ zustande kam. Doch dabei wird vergessen, dass Wahlen als demokratische Verfahren nur Mindestbedingungen darstellen, die in den breiteren Kontext von Responsivität der Regierung basierend auf der Einhaltung von zentralen Grund- und Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit zu stellen sind. Die USA, Europa und ihre Partner müssen sich in Zukunft der kurzsichtigen Sichtweise in der Region widersetzen, dass ein fairer Urnengang bereits eine funktionsfähige Demokratie ausmacht, und zugleich für ein umfassenderes Verständnis werben.

Zweitens geben einige Kommentare zur Wahl die derzeitige wissenschaftliche Diskussion wieder, die den Erhalt der derzeitigen autoritären Systeme in der Region zur Garantie von Stabilität kritisiert und ein Zugehen auf islamische Organisationen unter bestimmten Bedingungen nicht ausschließt<sup>12</sup>. Den ablehnenden Haltungen gegenüber der Hamas in den westlichen Hauptstädten setzt Musa Keilani eine optimistische These entgegen: „Let the Islamist govern and they will fall flat on their faces because of the circumstances and conditions of the country and its society are such“<sup>13</sup>. Diese positive Einschätzung teilt der ehemalige US-amerikanische Präsident Jimmy Carter und Leiter einer Wahlbeobachtermission, wenn er einen Wandel der Hamas nicht ausschließt: „It’s a mistake to abandon optimism completely.“<sup>14</sup>

Das Dilemma zwischen Demokratie und Stabilität kann aufgelöst werden, wenn die USA, Europa und ihre Partner die Forderung nach Demokratisierung gegenüber den Regierungen und politischen Kräften in der Region an notwendige Wertüberzeugungen binden.

- “[...] that human beings are innately capable of shaping the world in a responsible way,
- [...] promoting the dignity and individual liberty of all people,
- [...] promote political and social reforms to attain or consolidate representative democracy and social justice“<sup>15</sup>.

Im Interesse der zivilgesellschaftlichen und reformbereiten Kräfte in der Region müssen diese Diskussionen allerdings nicht allein auf Regierungsebene, sondern unter Einschluss aller maßgeblichen Kräfte geführt werden.

## **Nachtrag zum Wahlsieg der HAMAS (Dr. Hardy Ostry)**

Im Nachgang zum Bericht über Reaktionen aus der Region zum Sieg der Hamas bei den palästinensischen Legislativwahlen haben sich folgende Aspekte und Argumentationsleitlinien in den vergangenen Tagen verstärkt abgezeichnet:

- Für die Mehrzahl der politischen Beobachter in der Region stellte sich der Sieg der Hamas in dieser Dimension als unerwartet dar; je nach politischem Standort wird die-

<sup>11</sup> Ruf, Werner (1998): Demokratie in der arabischen Welt. Ein Widerspruch in sich selbst? In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit (Nr. 9, September 1997, S. 228-231. Vgl. auch: Menendez Gonzalez, Irene (2005): Arab Reform: what role for the EU? Royal Institute for International Relations. Egmont Paper 8, S. 8-9.

<sup>12</sup> Cameron, Fraser/ Eberhard Rhein (2005): Promoting Political and Economic Reform in the Mediterranean and Middle East. EPC Issue Paper No. 33 (18. May 2005).

<sup>13</sup> Keilani, Musa (29.1.06): Hamas win — questions asked, answers pending. In: Jordan Times, <http://www.jordantimes.com/sun/opinion/opinion2.htm>

<sup>14</sup> Aljazeera (26.1.06): West reacts warily to Hamas victory. <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/216D6B58-201D-4D2D-A6C9-75716F162FA6.htm>

<sup>15</sup> Hofmeister, Wilhelm (1995): The Promotion of Political Parties: an Essential Task of the Konrad Adenauer Foundation. In: Thesing, Josef/ Wilhelm Hofmeister (Hrsg.): Political Parties in Democracy. Sankt Augustin, S. 466-476, hier: S. 475.

ser vorsichtig begrüßt (Syrien, Teile Libanons), mehrheitlich überwiegt jedoch nach wie vor die Skepsis gegenüber dem Wahlausgang.

- Mehrere Staatsoberhäupter und Herrscher haben den Wahlausgang derart kommentiert, dass das Resultat zu akzeptieren ist, sich jedoch auch für die Hamas nun eine andere Ebene der Verantwortung ergibt, die diese zu akzeptieren hat (König Abdallah II, Premier Siniora, Präsident Ben Ali, Präsident Boutflika). Nach den offiziellen Stellungnahmen geht ein Großteil der Herrschenden davon aus, dass die Hamas geltende Verträge zu akzeptieren habe und eine Regierungsbeteiligung im „fließenden Übergang“ zur Anerkennung Israels und zum Gewaltverzicht führen werde. Indirekt forderte König Abdallah II die Entwaffnung der Hamas durch eine Integration ihres militärischen Flügels in die bestehenden Sicherheitskräfte.
- Die deutlich wahrzunehmende und spürbare Überraschung der mehr westlich orientierten Herrscher ergibt sich deutlich aus deren Furcht vor Nachahmereffekten, d.h. die Stärkung radikaler Kräfte in ihren jeweiligen Ländern.
- Folgerichtig sind diese Herrscher auch bemüht, das Ergebnis der Wahlen nicht tiefer gehend zu analysieren. Weder sind sie gewillt innenpolitische Erklärungsversuche (Machtkampf unter den Palästinensern, Korruption in der PA) als Argumentationshilfe zu bemühen, da diese Sachverhalte problemlos auf andere Länder übertragbar sind. Auch eine mehr auf außenpolitische Gründe fixierte Erklärung wird im offiziellen Diskurs selten genutzt, um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen.
- Mehrheitlich wurde allerdings die von der EU bereits drei Wochen vor den Wahlen angedrohte Entscheidung (Javier Solana), Hilfsgelder im Falle eines Sieges und einer Regierungsbildung der Hamas einzufrieren, als taktisch unklug bezeichnet.
- Problematisch erweist sich der Wahlausgang insbesondere mit Blick auf derzeit in der Region diskutierte Reformen in der Wahlgesetzgebung, stellt man in Rechnung, dass insbesondere das neue Wahlrecht in Palästina einen solch hohen Sieg der Hamas möglich machte. Entsprechende Reformvorhaben in Jordanien und Libanon werden aus Furcht vor ähnlichen Ergebnissen sicherlich zunächst gestoppt werden.
- Eine stärkere finanzielle Hilfe für Palästina durch die arabischen Länder im Falle der Suspendierung westlicher Hilfen muss trotz aller Rhetorik als zweifelhaft oder nur begrenzt möglich angesehen werden: Ägypten und Jordanien sind durch Friedensverträge mit Israel verbunden und haben entsprechend nur begrenztem Spielraum, eine Regierung zu unterstützen, die den Kampf gegen den Staat Israel zum Programm erhebt. Die übrigen Staaten (insbesondere die Länder des GKR) sind durch die Verträge zum WTO-Beitritt im Grunde dazu aufgerufen, nichts gegen übrige Mitgliedsstaaten zu unternehmen. Insbesondere das zuletzt aufgenommene Saudi-Arabien, das erstmals expressis verbis eine Klausel anerkennen musste, durch die es Israel indirekt anerkannte, wird sich mit einem erneuten Balanceakt sehr schwer tun.
- Noch problematischer als der Wahlausgang selber ist dessen Perzeption und Instrumentalisierung durch den Iran und Syrien zu bewerten; in beiden Ländern wird der Wahlausgang als Legitimierung jeglichen „gewaltsamen Widerstandes“ gegen den Staat Israel interpretiert.

## Türkische Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas

von Frank Spengler  
Landesbeauftragter für die Türkei  
in Zusammenarbeit mit Dirk Tröndle

Auch in der Türkei wurden das palästinensische Wahlergebnis und der deutliche Sieg der Hamas in der vergangenen Woche mit großer Überraschung aufgenommen. Das Thema dominiert jedoch nicht die politische Tagesordnung. Ministerpräsident Tayyip Erdoğan wandte sich kurz nach seiner Rückkehr vom Weltwirtschaftsgipfel in Davos – dort sprach er lange mit UN-Generalsekretär Kofi Annan auch zu diesem Thema- an beide Seiten. Die Hamas forderte er auf, den bewaffneten Kampf gegen Israel aufzugeben und den Staat Israel anzuerkennen. An Israel appellierte er, einen von der Hamas geführten palästinensischen Staat anzuerkennen. Der Hamas solle eine faire Chance geben werden. Die Türkei stehe ferner jederzeit für eine Vermittlerrolle bereit, erklärte der türkische Ministerpräsident.

Der Palästinakonflikt wird in der Türkei auch unter einem emotionalen Aspekt, der muslimischen Gemeinschaft (Umma) beurteilt. Auch hierzulande kamen in den vergangenen Jahren Menschen nach dem islamischen Freitagsgebet vor den Moscheen zusammen und solidarisierten sich mit den Palästinensern. Diese Proteste verliefen aber meist moderat, auch wenn öfters Fahnen verbrannt und radikale Forderungen aufgestellt wurden. Wenn Ministerpräsident Erdoğan eine faire Chance für die Hamas einfordert und somit Verhandlungen in den Vordergrund stellt, berücksichtigt er damit dieses Empfinden. Für ihn ist der Dialog zwischen Israelis und Palästinensern möglich und notwendig, weil *“wir von einer Hamaspartei sprechen müssen, die sich zur Wahl gestellt hat und einen Wahlsieg davontrug. Ich glaube, dass zwischen der vorigen Organisation Hamas und der jetzigen Partei ein Unterschied besteht. Lassen Sie uns nicht voreilig handeln“*, so Erdoğan.

Anlässlich der Ereignisse in Palästina hat die Türkei wiederum klar gemacht, dass das Land bereit ist, die Rolle einer Regionalmacht im Nahen Osten und außenpolitische Verantwortung zu übernehmen. Nach Iran und Syrien bietet sich die türkische Regierung auch im Palästina-konflikt den beteiligten Kontrahenten als Vermittler an. Durch die historischen Beziehungen in den heutigen Nahen Osten – die vielleicht nicht immer die besten waren - und auf Grund des osmanischen Erbes bestehen durchaus vielfältige Ansatzpunkte für einen erfolgreichen Dialog. Die Türkei ist muslimisch und die aktuelle Regierung stellt konservativ-islamische Werte in den Vordergrund. Das Land ist neben Israel der einzige demokratische Staat in der Region und hat gute und vielfältige Beziehungen zu dem Staat der Juden. Die Weigerung der AKP-Regierung türkisches Staatsgebiet als Aufmarschgebiet amerikanischer Soldaten freizugeben, hat zwar einerseits zu einer erheblichen Abkühlung der bilateralen Beziehungen geführt, aber andererseits in einigen arabischen Staaten dem Ansehen des Landes sehr geholfen.

Der palästinensische Botschafter in der Türkei, Nabil Maarouf, hat in einem Zeitungsinterview die Türkei dazu aufgerufen, sich als Vermittler stärker in dem Konflikt zu engagieren. Die Vorurteile gegenüber den Amerikanern und den Europäern seien in der Region zu groß. Iran und Ägypten, die zwei anderen Regionalmächte, könnten eine Vermittlerrolle wegen der aktuellen politischen Entwicklung und wegen eines zu großen Misstrauens ihnen gegenüber nicht ausfüllen, so ein Zeitungskommentar. In der Tat könnte das gewachsene Ansehen der Türkei in den arabischen Staaten und die gerade erst wieder belebten guten Beziehungen zu Israel eine gute Grundlage für eine Vermittlerrolle der Türkei sein. Erst vor einigen Wochen hat der türkische Außenminister eine Industrieförderzone in Palästina/ Gaza (Gaza/ Erez Industrial Park) eröffnet, die von einem türkischen Wirtschaftsverband verwaltet wird. Dieses Projekt wurde in engster Abstimmung mit den Palästinensern und den Israelis umgesetzt.

Ein Großteil der türkischen Kommentatoren schließt sich der Meinung der türkischen Regierung an und fordert ebenfalls eine bedingungslose Dialogbereitschaft auf beiden Seiten. Realpolitische Zielsetzungen müssten vor geschichtlichen Entwicklungen und dem fest gefügten Lagerdenken stehen, weil jeder, der Frieden zwischen beiden Völkern wolle, weder nur die eine, noch die andere Seite unterstützen oder kritisieren dürfe. *„Der Wahlsieg der Hamas ist nichts anderes, als das tragische Ende eines tragischen Prozesses“*, formuliert die Kolumnistin Nuray Mert in der liberalen Tageszeitung Radikal. Selbst Meinungsmacher einiger islamischer Tageszeitungen, wie Vakit und Milli Gazete, die normaler Weise den Kampf der Palästinenser glorifizieren und sehr antiisraelische Parolen transportieren, argumentieren stellenweise verhalten.

Der Journalist Ayhan Bilgin von der radikal-islamischen Vakit jedoch zeigt sich unnachgiebig und schreibt: *„Wie jeder Muslim, der im Inneren brennt, freue ich mich mit ganzem Herzen über den Wahlsieg der Hamas. Wenn doch nur auch Ariel Scharon bei Bewusstsein gewesen wäre, auf das er den glorreichen Sieg der Widerstandskämpfer der Hamas für Palästina gesehen hätte“*. Außer diesen marginalen Stimmen, unterstützen die Medien in der Türkei einen kritischen und konstruktiven Dialog. Einige politische Kommentatoren argumentieren, dass die „Realpolitik“ – mit einem leeren Magen kann man nicht kämpfen/ Turkish Daily News vom 31. Januar 2006 - Hamas schnell zu einem Umdenken veranlassen werde und sich so auch neue Chancen für einen nachhaltigen Friedensprozess ergeben könnten.

Über den Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Dr. Angelika Merkel, die als erste wichtige Persönlichkeit nach der Wahl politische Gespräche in Israel und Palästina führte, wurde zwar in den türkischen Medien nur kurz und ohne Kommentar berichtet.

## **Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas**

von Jan Senkyr

Landesbeauftragter für Marokko

Über den Ausgang der Parlamentswahlen in den Autonomen Palästinensischen Gebieten ist in den marokkanischen Medien ausführlich berichtet worden. Der unerwartet hohe Sieg der Hamas ist zumeist nüchtern und objektiv kommentiert worden. Die staatlichen Institutionen (Regierung, Palais) haben sich bisher nur sehr zurückhaltend oder gar nicht zu den Folgen des Wahlausgangs geäußert. In den Medien waren die Reaktionen zweigeteilt: einerseits wurde der Urnengang als ein klarer Schritt in Richtung Demokratisierung und Partizipation in den palästinensischen Gebieten begrüßt. Andererseits wird Sorge um den weiteren Fortgang des Friedensprozesses und der Situation im Nahen Osten zum Ausdruck gebracht.

In den Analysen der Ursachen für den Erfolg der Hamas werden ähnliche Argumente wie auch in den westlichen Expertisen aufgeführt: Hamas habe sich demnach als ein glaubwürdiger Verfechter der palästinensischen Befreiungsbewegung und Kämpfer gegen Missstände in den Autonomiebehörden (Korruption, Vetternwirtschaft, Machtmissbrauch) profilieren können. Den israelischen Rückzug aus dem Gaza-Streifen habe Hamas als eigenen Sieg dank des von ihr kompromisslos fortgesetzten Widerstandskampfes verkaufen können. Mehr noch als die Bedeutung des Hamas-Sieges für den Nahen Osten wird jedoch die Frage diskutiert, welche Schlussfolgerungen aus dem Erfolg der islamistischen Hamas für die innenpolitische Entwicklung in Marokko zu ziehen seien. Auch in Marokko gibt es eine politisch

starke und gut organisierte islamistische Opposition. Die vom Regime offiziell zugelassene „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (Parti de la justice et du développement – PJD) stellt im Parlament die drittstärkste Kraft und hat gute Aussichten, bei den 2007 anstehenden Parlamentswahlen als Sieger hervorzugehen. Mittlerweile sind zwei weitere Parteien mit islamistischen Hintergrund vom Innenministerium akzeptiert worden, die allerdings noch keine ernsthafte Konkurrenz für die PJD darstellen. In der Illegalität (aber vom Regime geduldet) operiert die Bewegung „Gerechtigkeit und Wohltätigkeit“ (Al Adl wal Ihsane), eine spirituell geprägte Sekte mit dem charismatischen Scheikh Abedessalam Yassine als geistigen Führer. Um Unterschied zur PJD und den anderen zugelassenen Parteien lehnt „Al Adl wal Ihsane“ das bestehende Regime ab und weigert sich an Wahlen teilzunehmen. Allerdings gibt es auch hier verstärkt Tendenzen, sich als Partei zu konstituieren und in den politischen Prozess zu integrieren. Das Vorgehen der Hamas könnte hier inspirierend wirken.

Die PJD hat den Erfolg der Hamas begrüßt, allerdings möchte sie sich selbst eher mit der türkischen AKP vergleichen und vom Extremismus und Terrorismus abgrenzen. In der PJD gibt es verschiedene Strömungen, so dass die weitere programmatische und innerparteiliche Entwicklung bislang noch schwer vorauszusagen ist. Die KAS beabsichtigt deshalb, eine sich gezielt mit dieser Materie befassende Studie noch in diesem Jahr zu erstellen.

„Al Adl wal Ihsane“ bezeichnet den Sieg der Hamas als einen Teilerfolg der Demokratie, da die Wahlen in den palästinensischen Gebieten von den USA aufgezwungen worden sind und deshalb keinen authentischen demokratischen (islamisch konformen) Akt darstellen können.

Interessant wird das weitere Vorgehen des Regimes im Umgang mit der Hamas sein. Marokko ist bemüht, im Nahen Osten einen ausgewogenen politischen Kurs zu fahren. Zwar sind die diplomatischen Beziehungen zu Israel seit der zweiten Intifada im Jahr 2000 eingefroren worden, allerdings gibt es rege Kontakte auf inoffizieller Ebene. Außenminister Silvan Shalom hat 2003 sogar Marokko besucht und ist vom König empfangen worden. Derzeit wird über die Einführung einer direkten Flugverbindung mit EL Al nach Casablanca verhandelt. Auch wird immer wieder über Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich und in der Terrorismusbekämpfung spekuliert. Eine Ablehnung oder offene Kritik der Hamas kann sich jedoch die Regierung angesichts der öffentlichen Meinung in Marokko, die eine hohe emotionale Bindung mit dem palästinensischen Befreiungskampf aufweist, nicht leisten.

## **Der Hamas-Wahlsieg in Palästina und die neue Rolle Jakartas im Nahost-Konflikt**

von Dr. Norbert Eschborn  
Landesbeauftragter für Indonesien und Ost-Timor

### **1. Zusammenfassende Bewertung**

Der Sieg der radikalen Bewegung Hamas bei den Wahlen in den Palästinensischen Autonomien Gebieten ist wie nahezu überall auch in Indonesien, dem größten moslemischen Staat der Welt, mit Überraschung aufgenommen, jedoch von offizieller Seite und in den Medien weitestgehend nüchtern und ohne Euphorie kommentiert worden. Allgemein wird dieses Ereignis als Zäsur für den Friedensprozess in Nahost bewertet, wobei indonesische Kommentatoren beide Seiten – Israel und die Palästinenser – „jetzt erst recht“ zur Kooperations- und Kompromissbereitschaft aufrufen. Gleichzeitig mehren sich die Stimmen einheimischer

Beobachter, die sich eine durchaus aktivere Rolle Jakartas bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten vorstellen können, wenngleich betont wird, dass dem Land für die Rolle eines effektiven Vermittlers noch wichtige Voraussetzungen fehlen.

## 2. Reaktion von Regierung und Medien

Der indonesische Außenminister Hassan Wirayuda rief die Hamas nach ihrem „Überraschungssieg“ dazu auf, verstärkt den Dialog als Mittel zur Erreichung ihres Ziels eines unabhängigen Palästinas einzusetzen. Gleichzeitig solle die Welt, ebenso wie Indonesien, das Wahlergebnis ohne Wenn und Aber anerkennen, denn es sei unter demokratischen Rahmenbedingungen zustande gekommen. Wirayuda zeigte in seiner Stellungnahme Verständnis für die Bedenken derjenigen, die besorgt auf den radikalen Charakter der Hamas hinwiesen, sagte aber auch, die Bewegung habe jetzt eine Chance verdient, zu beweisen, dass sie sich dem Friedensprozess im Nahen Osten verpflichtet fühle. Der Außenminister wörtlich: „Es sollte kein Vorurteil dahingehend bestehen, dass eine militante Gruppe wie Hamas nicht berechtigt ist zum Regieren.“ Immerhin gebe es auch in der jüngeren israelischen Geschichte Beispiele für politische „Hardliner“, die sich im Laufe ihrer Karriere als friedensfähig erwiesen hätten, betonte Wirayuda mit Verweis auf die Premierminister Begin und Scharon.

Die Kommentierung des Hamas-Wahlsiegs in den führenden indonesischen Medien spiegelt die Grundzüge dieser offiziellen Position in großen Zügen wider. Im Wesentlichen wird das Ergebnis als weiterer Schritt auf dem Weg zu einem selbständigen palästinensischen Staat angesehen, „von dem wir hoffen, dass er in nicht allzu ferner Zukunft entstehen wird“, so der Kommentator der englischsprachigen „Jakarta Post“. Im gleichen Atemzug wird anerkannt, dass für die unmittelbare Zukunft des Friedensprozesses der Erfolg der Hamas durchaus gleichbedeutend mit wachsender Unsicherheit ist. Dass man die Gesamtentwicklung dennoch vorsichtig optimistisch einschätzt, wird damit begründet, dass sich „demokratische Nationen [d.h. Israel und die Palästinenser] gewöhnlich nicht im Konflikt miteinander befinden“. Bis zum Beweis des Gegenteils sehen die indonesischen Medien keine Zwangsläufigkeit in erhöhter Militanz großer Teile der palästinensischen Bevölkerung oder gar der Ablehnung eines Verhandlungsfriedens als unmittelbare Folge des Hamas-Sieges. Insofern werden auch die Ursachen der Niederlage der Fatah in erster Linie in deren Versagen gesehen, dem palästinensischen Volk dauerhaften Wohlstand, Frieden und Sicherheit zu bringen. Fatah gelte zurecht als eine skandalgeschüttelte Bewegung, so die „Jakarta Post“, wenngleich sorgsam vermieden wird, diese Misere mit dem Namen Yasser Arafat in Verbindung zu bringen.

Einig sind sich die indonesischen Kommentatoren, dass eine Bewertung der Hamas zum jetzigen Zeitpunkt sich nicht ausschließlich an „technischen“ Kleinigkeiten orientieren dürfe, womit u.a. die Anerkennung des Staates Israel durch die radikale Bewegung gemeint ist. Aber auch in diesem Punkt ist man in Jakarta optimistisch und vertraut darauf, dass sich Hamas als Regierungskraft eher früher als später mit den politischen Realitäten arrangieren müsse und eine Anerkennung Israels „mehr eine Frage des ‚wann‘ als des ‚ob‘“ sein werde: „Pragmatismus (Kompromiss) überwiegt bei denjenigen, die auf höchstem politischen Niveau bestehen wollen. Hamas wird keine Ausnahme sein“, so das Fazit der Kommentierung.

## 3. Indonesiens Positionen im Nahost-Konflikt: Rückblick und Ausblick

Jakarta nimmt seit mehreren Jahrzehnten eine klare Position im Nahost-Konflikt ein, die sich in ihren Eckpunkten mit der des ebenfalls mehrheitlich islamischen Malaysia deckt, jedoch in ihrer konkreten Ausformung wesentlich unorthodoxer ist. Eintreten für einen unabhängigen, souveränen Staat Palästina und – bis dies erreicht ist - keine Anerkennung und somit auch keine diplomatischen Beziehungen mit Israel: dies sind konstitutive Komponenten der Außenpolitik jeder indonesischen Regierung seit Suharto.

Aber schon der 32 Jahre regierende Autokrat sah darin kein Hindernis, 1993 den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin in seinem Privathaus in Jakarta zu empfangen, obwohl ansonsten israelischen Staatsbürgern die Einreise nach Indonesien verwehrt ist, es sei denn, sie vertreten internationale Organisationen in offizieller Mission. Präsident Abdurrahman „Gus Dur“ Wahid (1999-2001), der in seiner langjährigen Funktion als Vorsitzender der 40 Millionen Mitglieder zählenden moslemischen Massenorganisation „Nahdlatul Ulama“ im Rahmen deren interreligiöser Dialogbemühungen über zahlreiche Kontakte mit israelischen politischen Führungspersonlichkeiten verfügte, schaffte während seiner Amtszeit alle rechtlichen Hindernisse für den bilateralen Handelsaustausch mit Israel ab. Diplomatische Beziehungen mit Jerusalem wurden allgemein als eines seiner zentralen außenpolitischen Ziele angesehen, das zu Erreichen ihm aber durch das frühe Ende seiner Präsidentschaft verwehrt blieb.

Die indonesische politische Klasse, soweit sie moslemischen Glaubens ist, erachtet fast geschlossen die Nichtanerkennung Israels und einen palästinensischen Staat als ein politisches Dogma des Landes. Käme diese Anerkennung Israels auf die politische Tagesordnung, wäre v.a. seitens der ca. 30% der Mitglieder des Repräsentantenhauses, die explizit moslemischen Parteien angehören, vernehmlicher Widerstand zu erwarten. Diese Interessengruppen gehen davon aus, dass ihre Position auch die Mehrheitsmeinung der moslemischen Bevölkerung reflektiert. Tatsächlich jedoch trifft man, wenn dieses Thema gegenüber Durchschnittsindonesiern angesprochen wird, jedoch weithäufiger auf Desinteresse und Gleichgültigkeit; der von Politikern und Agitatoren gerade in diesem Zusammenhang so nachdrücklich betonte Gedanke der moslemischen Brüderlichkeit erscheint vielen ausländischen Beobachtern daher in breiten Bevölkerungsschichten durchaus nicht ausgeprägt. Zu sehr bestimmen andere, weitaus schwerwiegendere Probleme v.a. wirtschaftlicher Natur den Alltag der Menschen.

Wenn es unter diesen Umständen gelingen könnte, innenpolitische Widerstände zu überwinden, besteht wahrscheinlich wirklich, wie von einflussreichen politischen Beobachtern vermutet wird, eine reale Chance für Indonesien, eine aktivere Rolle im Nahost-Konflikt zu spielen als bisher. Die Tatsachen, dass der indonesische Islam im weltweiten Vergleich als moderat gilt und dass Präsident Susilo Bambang Yudhoyono noch vor dem Afghanen Karzai im September 2004 zum ersten demokratisch und direkt gewählten Staatsoberhaupt in der islamischen Welt überhaupt aufstieg, werden als unterstützende Argumente für derartige Ambitionen ins Feld geführt.

Parallel dazu hat Israel in den vergangenen Jahren immer wieder unterschiedliche Versuche der Annäherung an Indonesien unternommen, die von Jakarta durchaus mit Offenheit aufgenommen wurden. Israelische Kommentatoren erhalten Gelegenheit zu politischen Gastkolumnen in wichtigen Medien, Diplomaten aus Jerusalem suchen von benachbarten Staaten wie z.B. Singapur aus immer wieder den Kontakt zu ihren indonesischen Kollegen, und nicht zuletzt trafen sich die Außenminister beider Länder zuletzt am Rande des so genannten „World Summit“ der Vereinten Nationen im Herbst 2005 in New York zu Gesprächen, die nicht nur offiziell bestätigt wurden, sondern auch Gegenstand breiter Berichterstattung waren.

Indonesien wurde in seinen Bestrebungen, sich außenpolitisch v.a. in Nahost stärker zu profilieren, bereits von prominenter westlicher Seite, u.a. vom britischen Premierminister Tony Blair, unterstützt. Auch Israel würde nach eigenen Angaben jede Rolle akzeptieren, die Indonesien in Palästina zu spielen bereit wäre. Präsident Yudhoyono selbst mag an einer ausgewogeneren Außenpolitik durchaus ein vitales Interesse haben, da sie ihm mindestens im westlichen Ausland Kapital einbrächte. Immerhin war Indonesien unter Suharto im Kalten Krieg ein zuverlässiger strategischer Partner des Westens. Nicht zuletzt gibt es eine zwar kleine, aber einflussreiche nicht-moslemische Bevölkerungsminderheit in dem Inselarchipel,

die eine all zu einseitige Bindung des Landes an die islamische Welt nur ungern und mit wachsender Furcht sähe.

Limits einer aktiveren Rolle Jakartas in Nahost aber bestehen und sind in erster Linie innenpolitischer Natur. Da sich politischer Einfluss in der heutigen Zeit von wirtschaftlicher Potenz ableitet, müsste Indonesien schon auf dieser Ebene starke Abstriche machen, denn das Land hat sich noch immer nicht völlig von der Asienkrise der späten neunziger Jahre erholt. Hinzu kommt, dass man sein eigenes außenpolitisches Profil erst wieder erheblich schärfen müsste; war doch das Land seit dem Sturz der Diktatur 1998 primär mit sich selbst und einer Vielzahl unterschiedlicher Probleme zuhause beschäftigt. Nicht zuletzt sehen außenpolitische Experten die fehlenden Beziehungen zu Israel als Hemmschuh einer wirklich Erfolg versprechenden Rolle Jakartas im Friedensprozess an: Wenn Israel in Frieden mit islamischen Ländern wie Ägypten, Marokko und Jordanien leben könne, warum sperren sich dann noch immer die islamischen Staaten Südostasiens gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, lautet die am häufigsten gestellte Frage der Bedenkenräger. Und zu Recht wird kritisiert, dass ein Vermittler idealiter Äquidistanz zu allen Konfliktparteien wahren sollte.

Wie auch immer diese Frage letztendlich entschieden wird: klar ist, dass das offizielle Indonesien auf die weltpolitische Bühne zurück will. Der Nahost-Friedensprozess böte eine echte Chance dazu.

## **Reaktionen auf den Wahlsieg der HAMAS in Malaysia**

Von Peter Schier  
Landesbeauftragter für Malaysia

Der Premierminister Malaysias Abdullah Badawi begrüßte in einer längeren offiziellen Stellungnahme vom 27. Januar 2006 die „erfolgreiche Organisation der jüngsten Wahlen in Palästina, in der das palästinensische Volk die Möglichkeit hatte, seinen Willen in einem friedlichen und demokratischen Prozeß zum Ausdruck zu bringen“. Hierzu beglückwünschte Badawi dem bisherigen Präsidenten Mahmoud Abbas ausdrücklich.

Die Wahlen in den Palästinensischen Autonomen Gebieten seien „in einem wahren demokratischen Geist“ abgehalten worden, erklärte der malaysische Premier, „und die Wahlergebnisse spiegeln den Willen des palästinensischen Volkes wider“. Deshalb solle die internationale Gemeinschaft das Wahlergebnis akzeptieren und die Wahl des palästinensischen Volkes respektieren.

Badawi, dessen Land den Vorsitz nicht nur der Blockfreienbewegung (NAM) innehat sondern auch der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), beglückwünschte die HAMAS zu ihrem Wahlerfolg und äußerte sich davon überzeugt, dass „es HAMAS möglich sein wird, andere politische Parteien in den politischen Prozess einzubinden, und für die Errichtung einer Regierung der nationalen Aussöhnung in Palästina zu arbeiten“. Die Zukunft Palästinas - vor allem seine Stabilität, Fortschritt und Wohlstand - würden von der Einheit unter den Palästinensern abhängen und von ihrer verbindlichen Bereitschaft, eine friedliche Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts zu suchen. Damit gab Badawi sehr deutlich zu

verstehen, dass Malaysia von der HAMAS einen gewaltfreien und aussöhnenden Ansatz zur Lösung des Nahostkonflikts erwartet.

Badawi rief am Ende seiner Erklärung alle am Nahost-Friedensprozess beteiligten Parteien dazu auf, den Verhandlungsprozess im Rahmen der „Roadmap for Peace“ im Nahen Osten wiederzubeleben. Er wiederholte seinen Appell zur friedlichen Konfliktbeilegung mit den Worten: „Malaysia ist fest davon überzeugt, dass ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten nur durch einen Prozess des Dialogs und der Verhandlungen erreicht werden kann, die in guter Absicht geführt werden. Malaysia wünscht den neuen Führern in Palästina viel Erfolg in ihrer noblen Mission.“

Die in der Regel vom Staat oder einzelnen Regierungsparteien kontrollierten Medien berichteten über die Wahlen und ihre Ergebnisse ausschließlich mit Meldungen und Artikeln der etablierten internationalen Nachrichtenagenturen AP, Reuters, AFP und dpa. Darüber hinaus wurden zwei Kommentare des Daily Telegraph und von Prof. W. Scott Thompson von der renommierten Fletcher School of Law and Diplomacy abgedruckt, in denen Israel und seine westlichen Verbündeten dazu aufgerufen wurden, mit der HAMAS einen Dialog zu beginnen.

Der einzige eigene malaysische Kommentar, der in der regierungstreuen New Straits Times veröffentlicht wurde, beklagte, dass der Wahlsieg der HAMAS zu negativ eingeschätzt werde. Es bestünde die Hoffnung, dass die HAMAS durch die Regierungsübernahme moderater würde. Diese Möglichkeit sollte nicht ausgeschlossen werden, und deshalb könnte der Sieg der HAMAS auch eine Möglichkeit für einen neuen Start im Friedensprozess darstellen.

Von inoffiziellen Kreisen wurde darauf hingewiesen, dass Korruption, Uneinigkeit, Recht- und Disziplinlosigkeit innerhalb der Fatah zu deren schwerer Niederlage maßgeblich beigetragen hätten. Die HAMAS gelte hingegen als konsequente Verfechterin palästinensischer Interessen, als diszipliniert, einig und als nicht korrupt und habe deshalb diesen großen Wahlsieg davongetragen. Israel und der Westen müssten letztlich mit der HAMAS in Verhandlungen treten. Schließlich habe auch die Fatah einen bewaffneten Arm, der weniger diszipliniert sei als die HAMAS. Insgesamt gesehen hofft man in Malaysia im Zuge der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die HAMAS auf eine deutliche Mäßigung der HAMAS und auf eine Wiederaufnahme des aktiven Friedensprozesses.

## **Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas in Indien**

von Jörg Wolff  
Landesbeauftragter für Indien

Die indische Regierung hat in einer offiziellen Erklärung zu dem Ergebnis der Wahlen wie folgt Stellung genommen: "Indien begrüßt die Abhaltung von freien und fairen Wahlen zum Palestinian Legislative Council, welche den demokratischen Prozess in Palästina gestärkt haben. Die breite und enthusiastische Beteiligung des palästinensischen Volkes in diesen Wahlen und der friedliche Verlauf des Wahlganges sind sehr ermutigend. Wir verfolgen die Entwicklungen der Bildung der nächsten Regierung der Palestinian Authority. Indien hofft, dass die neue Regierung, die den Willen des Volkes von Palästina vertritt, weiterhin den

Weg friedlicher Verhandlungen verfolgen wird, welcher zur Errichtung eines lebensfähigen, vereinigten und souveränen Staates von Palästina führt, der in friedlicher Koexistenz mit dem Staat von Israel lebt."

In den indischen Medien erschienen zum Wahlausgang überwiegend ausländische Agenturmeldungen und Kommentare ausländischer, vor allem englischer Tageszeitungen (z.B. Guardian, Times). Die wenigen indischen Kommentare lassen sich wie folgt zusammenfassen: So wurde die Hamas als radikale Organisation dargestellt, die den Terrorismus als Mittel zur Errichtung eines unabhängigen Staates nutzt und an der Zerstörung von Israel arbeitet. Daneben wird auf Verbindungen von Hamas zum internationalen Terrorismus verwiesen, der vor allem Israel und den Westen bedrohe, aber über das Netzwerk von Al Qaeda auch Indien. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich Israels, habe es vor den Wahlen versäumt, auf verbindliche Regeln zu drängen, bevor die Teilnahme von Hamas an der Wahl akzeptiert wurde. Jedoch wären Interventionen nach gegebenem Wahlergebnis unklug und kontraproduktiv, da es den demokratischen Prozess diskreditieren würde und in der Subregion, anlog Irak, unabschätzbare Entwicklungen auslösen und in ein zusätzliches Chaos stürzen könnte. Man müsse, im Gegensatz zum Westen, den demokratischen Entscheid akzeptieren. Die Folgen der Wahl seien noch nicht abzuschätzen und werden als "Dilemma" bezeichnet. Sie könnten eine Zunahme des internationalen Terrorismus bedeuten, aber auch eine Einbindung von Hamas in die internationale Gemeinschaft, die im Sinne eines "windows of opportunity" für den Friedensprozess positiv wäre. Ein Kommentar meinte sogar, Hamas könnte eine ähnliche Entwicklung wie diejenige der indischen BJP nehmen, die sich von einer religiös-hinduistischen zu einer verantwortungsbewussten Regierungspartei wandelte.

Letzte Woche besuchte der Nationale Sicherheitsberater Israels, Giora Eiland, Delhi und führte Gespräche mit seinem indischen Kollegen, dem Verteidigungsminister und dem Foreign Secretary. Dieser Besuch wurde in den Medien nicht erwähnt. Aus hiesigen Quellen ist zu vernehmen, dass bei den Gesprächen neben dem Wahlausgang und der Hamas, der islamischen Fundamentalismus/Terrorismus einschließlich des "counter-terrorism", die Erfahrungen Indiens mit Iran, die Beziehungen zwischen Indien und den USA, der gegenwärtige Stand der pakistanisch-indischen Beziehungen, Indiens Grenzsituation zu Pakistan und Bangladesh, sowie die bedrohliche Zunahme des religiösen Extremismus und Terrorismus in Bangladesh behandelt wurden.

Die indisch-israelischen Beziehungen haben in den vergangenen Jahren eine neue Intensität erreicht. Dazu hat sicherlich beigetragen, dass Indien traditionell gute Beziehungen zu den arabischen Staaten (einschließlich Iran) unterhält, die in den letzten Jahren ebenfalls politisch und wirtschaftlich ausgebaut wurden. Die Annäherung Indiens an Israel erfolgte unter der BJP-Regierung. Im Mittelpunkt standen ähnlich gelagerte Interessen beider Regierungen in der Terrorismusbekämpfung und ein verstärkter wirtschaftlicher Austausch. Ministerpräsident Sharon besuchte Indien in 2003, der erste Besuch seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in 1992. Neben indischen Waffenkäufen wurde eine enge Kooperation und regelmäßige Konsultationen vereinbart. Da sich auch Pakistan an Israel annäherte, verstärkte in der Folge Indien seine Bemühungen um tiefergehende strategische Beziehungen, bei denen die frühere BJP-Regierung (wohl wegen einer vermuteten ideologischen Nähe) vor allem auf den israelischen Ministerpräsidenten setzte. Eine "Indo-Israel Joint Working Group on Defence" konnte eingerichtet werden und regelmäßige Konsultationen der Sicherheitsberater wurden vereinbart. Dieser Prozess, der auch vor dem Hintergrund der Beziehungen Indiens zu den USA zu sehen ist, setzt sich gegenwärtig fort, obwohl die gegenwärtige Regierung Indiens damit in Schwierigkeiten mit der die Koalition von Außen unterstützenden Linksparteien geraten ist.

## Reaktionen auf den Philippinen

von Klaus Preschle  
Landesbeauftragter für die Philippinen

Der Ausgang der Parlamentswahlen in den autonomen palästinensischen Gebieten wurde auf den Philippinen zwar zur Kenntnis genommen, hatte jedoch kein großes Echo. Es gibt keine offiziellen Stellungnahmen aus dem Präsidentenpalast, dem Außenministerium, von den Parteien oder den auswärtigen Ausschüssen in Kongress und Senat. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Jose de Venecia, hat in den vergangenen Tagen das Ereignis allerdings dazu benutzt, die Muslime auf den Philippinen aufzufordern, zu gemeinsamen Positionen hinsichtlich einer möglichen Lösung des Mindanao-Konfliktes zu gelangen. Damit spricht er vor allem die Moro National Liberation Front an, mit der die Regierung 1996 ein Friedensabkommen abschließen konnte, und die radikalere Moro Islamic Liberation Front, mit der zurzeit verhandelt wird. Falls die Muslime nicht zu gemeinsamen Positionen fänden, sei eine ähnlich schwierige Lage wie in Palästina zu erwarten, sagte der Sprecher anlässlich des Global Inter-Faith Dialogs im Rahmen der Gründung von CDI Asia/Pacific am 27. Januar und anlässlich eines Besuches von Abgeordneten der Regional Legislative Assembly der Autonomous Region of Muslim Mindanao in Manila am 30. Januar.

Auch der ehemalige CDI Präsident Jose Maria Aznar und der der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei Wilfried Martens haben anlässlich der CDI Tagung die Wahlen in Palästina angesprochen. Sie haben ihre Sorge über die Entwicklung zum Ausdruck gebracht und für eine Fortsetzung des Friedensprozesses geworben. Martens sagte ferner, die Europäische Union müsse in der Lage sein, mit jeder Regierung in Palästina zusammen zu arbeiten. Die Voraussetzung sei allerdings das Abschwören von Gewalt. Deutliche Worte gab es vom Generalsekretär der Pakistan Muslim League, Senator Mushahid Hussain Sayed, der die Erwartung äußerte, Palästina möge seine Dialogfähigkeit beibehalten. Er äußerte ebenso die Erwartung, die internationale Gemeinschaft möge – im Interesse des Friedensprozesses – die Ereignisse nicht weiter dramatisieren.